

22 Fragen zum Fall Ernst Suter

DÜRNTEN Der Dürntner Steuerskandal hat den Regierungsrat erreicht – in Form von drei kantonsrätlichen Anfragen. Dabei geht es um Details und um Grundsätzliches zur Steuerpraxis.

Ernst Suter beschäftigt nun auch den Regierungsrat. Gleich drei Anfragen sind am Montag zum Dürntner Steuerfall eingereicht worden. Erich Vontobel (EDU) aus Bubikon verlangt mit Heinz Kyburz (EDU, Männedorf) und Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a.A.) in zwölf Fragen eine detaillierte Stellungnahme des Regierungsrats zum Fall. Die Rütnerin Yvonne Bürgin (CVP) und Silvia Steiner (CVP, Zürich) beschränken sich auf vier Fragen, die sich weniger auf Details, denn auf einen möglichen Handlungsbedarf beziehen. Die drei Kantonsräte Monika Wicki (SP) aus Wald, Gerhard Fischer (EVP) aus Bäretswil und Andreas Erdin (GLP) aus Wetzikon fokussieren

vor allem auf die kantonale Steuerbehörde.

Den drei Anfragen ist eines gemeinsam: Grosses Unverständnis. So heisst es bei Vontobel und seinen Kollegen: «Auch wenn es nicht akzeptierbar ist, dass es immer wieder Personen gibt, die ihrer Pflicht zur Einreichung der Steuererklärung nicht nachkommen und deshalb eingeschätzt werden müssen, ist dieser Einzelfall doch sehr krass.» Dies, weil er die fehlende Sensibilität von Kanton und Gemeinde im Umgang mit einem offensichtlich überforderten Steuerzahler zeige.

Unbefriedigende Lösung

Yvonne Bürgin und Silvia Steiner formulieren es folgendermassen:

«Dass der Steuerpflichtige im Fall Dürnten offensichtlich seinen Verfahrenspflichten nicht nachkam, scheint unbestritten zu sein. Es scheint aber ebenso unbestritten zu sein, dass diese Person gar nicht in der Lage gewesen wäre, ihren diesbezüglichen Verpflichtungen nachzukommen.» Wicki und ihre Kantonsratskollegen wählen noch deutlichere Worte: «Die Behörden waren offenbar nicht in der Lage, die wirtschaftliche Fähigkeit eines in der Gemeinde bestens bekannten Mitbürgers zu beurteilen. Das System weist eklatante Mängel auf.»

In allen Anfragen ist die Schenkung ein Thema. Die Rede ist von einer unbefriedigenden Lösung, weil mit dieser Variante ein grosser Teil des Geldes wieder in die Steuerkasse fliessen (Bürgin). Es wird ausserdem als Missstand

erachtet, dass der Kanton bei dieser Schenkung nicht beteiligt sei (Vontobel). Ausserdem wird angeregt, die in Aussicht gestellte Rückzahlung nicht als Schenkung, sondern im Sinne von Art. 239 Abs 3 OR als eine Erfüllung einer sittlichen Pflicht zu behandeln (Wicki).

Virulente Schlussfrage

Einige Fragen widmen sich in einem erweiteren Rahmen dem Thema. So erkundigen sich Bürgin und Steiner, ob beim Grundstückverkauf ausgeschlossen werden könne, dass der Steuerpflichtige bei diesem Geschäft übervorteilt oder Opfer eines Wuchers geworden sei. Eine virulente Schlussfrage stellen Wicki, Fischer und Erdin: Sie wollen wissen, ob der Regierungsrat bereit sei für eine neue gesetzliche Grundlage – dass nämlich auch

nach einer definitiven Einschätzung durch die Steuerverwaltung Fehlentscheide korrigiert werden können. Dies vor dem Hintergrund, dass der Staat vom Steuerpflichtigen zu wenig bezahlte

Steuern noch während zehn Jahren einfordern kann.

Der Regierungsrat hat nun drei Monate Zeit, die insgesamt 22 Fragen zu beantworten.

Regula Lienin

SCHENKUNG AN ERNST SUTER

Gemeinderat lenkt ein

An der Gemeindeversammlung vom 4. Dezember wurde aufgrund eines Änderungsantrags ein Betrag von 250 000 Franken für eine Schenkung an Ernst Suter in den Voranschlag 2015 aufgenommen. Gestützt auf diesen mit grossem Mehr angenommenen Antrag hat der Dürntner Gemeinderat laut einer Mitteilung nun entschieden, der nächsten Gemeindeversammlung den erforderlichen Kreditantrag über

250 000 Franken zur Beschlussfassung vorzulegen. «Wir sind zum Schluss gekommen, dass eine Schenkung die beste Lösung ist», sagt Gemeindepräsident Hubert Rüegg (FDP). Ohne das Einlenken des Gemeinderats wäre eine Initiative nötig gewesen. Laut Mitteilung wird sich der Gemeinderat beim kantonalen Steueramt dafür einsetzen, dass dieses auf den Bezug der Schenkungssteuer verzichtet. *aku*

Bushofplanung kommt vors Volk

WETZIKON Zwölf Mitglieder des Wetziker Parlaments haben das fakultative Referendum gegen den Planungskredit für den Bushof ergriffen. Damit muss das Volk über die 300 000 Franken befinden.

Es war ein hauchdünner Entscheid Mitte November im Wetziker Parlament: Der Kredit für die Ausarbeitung eines Gestaltungsplans für einen Bushof in Unterwetzikon in Höhe von 300 000 Franken wurde mit 18 zu 14 Stimmen angenommen. Und das nur, weil – praktisch in letzter Minute und nach kurzem Time-out – die fünf SP-Gemeinderäte ihre Meinung zugunsten des Projekts änderten.

Unheilige Allianz

Schon am nächsten Tag kündigte SVP-Präsident und -Parlamentarier Mike Mayr in einem Kommentar auf der Onlineplattform des ZO/AvU an, das fakultative Referendum zu ergreifen. Dieses ist ein Mittel, um ein umstrittenes Geschäft an die Urne zu bringen. Allerdings brauchte die SVP die Unterschriften von zwölf Parlamentariern. Ein lösbares Problem, wie sich herausstellte: Gestern reichte Initiant Mike Mayr das von zwölf Parlamentariern signierte fakultative Referendum ein. Unterschrieben haben Mitglieder all jener Parteien, die schon im Parlament gegen den Planungskredit von 300 000 Franken waren. Das heisst, dass die SVP/EDU-Fraktion Unterstützung im linken Lager suchen mussten. Schon im Parlament war eine «unheilige Allianz» aus der Volkspartei, den Grünen, den Grünliberalen und der Alternative Wetzikon entstanden.

Im Schreiben zum Referendum erläutern die zwölf Parlamentarier, man teile grösstenteils die Einschätzung, dass der heutige Bushof an der Kapazitätsgrenze angelangt sei und eine Erweiterung benötige. Der Kredit von 300 000 Franken sei allerdings ein Richtungsentscheid von grosser finanzieller, verkehrstechnischer und städtebaulicher Tragweite. «Für eine verantwortungsvolle Entscheidungsfindung fehlen wesentliche Grundlagen, wie eine vollständige Orientierung über die Abklärungen zu weiteren Projektvarianten. Nicht genügend erläutert wurde auch, wie der alte Bushof genutzt werden soll», führen die Kritiker weiter aus.

Öffentliche Diskussion

Die Kosten des angestrebten Projekts von 13 bis 20 Millionen Franken allein für Wetzikon seien deutlich zu hoch, zumal sich die Stadt in einer angespannten finanziellen Lage befinde. Den Unterzeichnenden fehle die Sicherheit, dass mit diesem Entscheid das richtige Projekt weiterentwickelt würde. Sie strebten deshalb eine Urnenabstimmung und damit eine öffentliche Diskussion des Kreditbegehrens an.

Laut Stadtschreiber Marcel Peter soll die Vorlage bereits am 8. März an die Urne kommen. «Das Projekt ist zeitkritisch, insofern wollen wir so wenig Zeit wie möglich verlieren.» Man habe die weitere Planung bereits nach der Ankündigung des Referendums geprüft und sei zum Schluss gekommen, dass das Projekt trotz Zeitverlust durch die Urnenabstimmung noch realisierbar wäre.

David Kilchör

Versteigerung geplatzt

DÜRNTEN Gestern Dienstagnachmittag stand der Versteigerungstermin für zwei Grundstücke auf dem Hasenstrick an (wir berichteten). Dazu ist es aber nicht gekommen. Am Vormittag traf auf dem für die Versteigerung zuständigen Betreibungsamt in Rüti eine Verfügung des Bundesgerichts ein, wonach jegliche Vollziehungsvorkehrungen zu unterlassen seien.

Grund dafür ist ein Gesuch der Schuldnerin und Pfand Eigentümerin, der Hasenstrick Liegenschaft AG, um aufschiebende Wirkung. Diesem hat das Bundesgericht stattgegeben. Wie es in der Sache nun weitergeht, ist völlig offen. Derzeit kann nicht einmal gesagt werden, ob überhaupt je wieder ein Versteigerungstermin für die Grundstücke festgesetzt wird. *aku*



Die Aathalstrasse bekommt einen Gehweg: Der Kredit für das Trottoir wurde an der Gemeindeversammlung angenommen.

Seraina Boner

Dem Gehweg steht nichts mehr im Weg

SEEGRÄBEN Der neue Gehweg an der Aathalstrasse in Seegräben kann gebaut werden. Diesem Antrag stimmten die Stimmberechtigten an der gestrigen Gemeindeversammlung zu. Auch den Voranschlag 2015, der eine Steuerensenkung vorsieht, nahmen die Stimmbürger klar an.

Mit dem letzten Glockenschlag wurde gestern Abend die Gemeindeversammlung Seegräben in der kleinen reformierten Kirche eingeläutet. Die 67 Stimmberechtigten hatten in den Reihen gerade noch genug Platz. In einer weihnächtlichen Kulisse mit Kerzenlicht ging die Gemeindeversammlung reibungslos über die Bühne.

Es standen zwei Traktanden auf dem Programm: Die Bewilligung eines Kredits für die Erstellung eines Gehwegs entlang der Aathalstrasse und der Voranschlag 2015. Beides wurde von der Gemeindeversammlung mit einer klaren Mehrheit angenommen.

Mehr Sicherheit

Das erste Traktandum behandelte die Sanierung der Aathalstrasse, im Besonderen den

Neubau eines Trottoirs. Neben der beschlossenen Erneuerung der Strasse, konnten die Stimmbürger über einen Kredit von 248 000 Franken abstimmen. «Momentan ist die Sicherheit der Fussgänger nicht gewährleistet», sagte Gemeindepräsident Marco Pezzatti und leitete so zum Antrag über. Er sprach in seinem Amt als Tiefbauvorstand und präsentierte das vorgesehene Projekt.

An der Aathalstrasse soll ein durchgehender Gehweg von einhalb Meter Breite gebaut werden. «So viel ist nötig, damit auch ein Kinderwagen genug Platz hat», sagte Pezzatti. Damit die Fahrbahn nicht schmaler wird, ist auf der einen Strassen-seite zusätzliches Land für das Trottoir vonnöten. Teilweise gehört das Land bereits der Gemeinde Seegräben. Für den zu-

sätzlichen Landerwerb sind 40 000 Franken im Kredit vorgesehen. Zudem soll vor der Schule Seegräben eine Schwelle errichtet werden, die die Autofahrer zu langsamerem Fahren anhalten soll.

Grosses Interesse

Das Thema «Gehweg» interessierte die Seegräbner. «Was für Zusatzkosten fallen für die Grundstückbesitzer an?», wollte einer der kritischen Anwesenden wissen. Auch weitere Fragen zur Umsetzung konnte Gemeinderat Pezzatti beantworten und so zu einem gelungenen Ergebnis beitragen. Der Kredit für den Gehweg wurde von der Gemeindeversammlung mit nur fünf Gegenstimmen klar angenommen.

Nach gut 40 Minuten ging Pezzatti zum zweiten Traktandum über: dem Voranschlag 2015. Das Budget sieht für das kommende Jahr einen Aufwand von 6 493 850 Franken und einen Ertrag von 6 521 250 Franken vor. So können dem Eigenkapital

27 400 Franken zugewiesen werden.

Der Gemeinderat schlug der Versammlung einen Steuerfuss von 115 Prozent vor – das sind 2 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Diese Zahl ergibt sich aus dem gleichbleibenden Steuerfuss der Politischen Gemeinde (94 Prozent) und dem Steuerfuss der Sekundarschule Wetzikon-Seegräben, der von 23 auf neu 21 Prozent sinkt.

Stolz verkündete Gemeindepräsident Pezzatti, Seegräben sei neben Wald die einzige Gemeinde im Bezirk Hinwil, die für das nächste Jahr den Steuerfuss senken könne. Nicht überraschend wurde das Budget 2015 einstimmig angenommen.

Das letzte Protokoll geführt

Zum Ende der Gemeindeversammlung verabschiedete Pezzatti den Gemeindegeschreiber Heinz Gschwind inoffiziell. Nach drei Jahren im Amt war es sein letztes Protokoll vor der Pensionierung.

Katarzyna Suboticki